

# Allezeitige Landeszeitung für die Provinz Sachsen.

Nr. 24.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1903.

Verlagspreis für Halle und Querfurt 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für den Vertriebsort. — Druck- und Anzeigenpreis 50 Pf. — Die Geschäftsleitung erachtet es für angemessen, die Druck- und Anzeigenpreise für den Vertriebsort Halle a. S. zu erhöhen. — Druck- und Anzeigenpreis 60 Pf. — Die Geschäftsleitung erachtet es für angemessen, die Druck- und Anzeigenpreise für den Vertriebsort Halle a. S. zu erhöhen.

Verlagspreis für die in der Provinz Sachsen nicht bezogenen Bezugsstellen 3 Mk. — Druck- und Anzeigenpreis 60 Pf. — Die Geschäftsleitung erachtet es für angemessen, die Druck- und Anzeigenpreise für den Vertriebsort Halle a. S. zu erhöhen.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 57.  
Telephon Nr. 123.  
Erschließung: Dr. Walter Gehlen in Halle a. S.

Donnerstag, 15. Januar 1903.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 3.  
Telephon-Nr. Vln Nr. 1144.  
Send- und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

## Deutsches Reich.

Halle, 15. Januar 1903.

Die Errichtung eines königlichen Residenzschlosses in Posen wird, wie schon kurz mitgeteilt, durch den neuen Etat tatsächlich in die Wege geleitet werden. Für die Vorarbeiten dazu sind im Etat des Staatsministeriums 50 000 Mark ausgeworfen. Ueber die Gesamtkosten verläutet noch nichts, da noch kein Bauprojekt vorliegt. Die 50 000 Mark sind für die Ausführung eines Bauplanes und zur Unternehmung des in Aussicht zu nehmenden Baugeländes bestimmt, das durch die Wiederlegung der Umwallung von Posen geschaffen werden dürfte. Die Forderung wird damit begründet, daß man von einem regelmäßigen Verweilen des Kaiserpaares in der Provinz Posen und besonders in deren Hauptstadt eine Stärkung des patriotischen Empfindens der Bevölkerung und eine innigere Verbindung der Provinz mit der Monarchie erwartet. Keinerlich soll das Residenzschloß — und auch das wird entweder in der Begründung des Etats oder bei der mündlichen Vertretung der Forderung seitens der Regierung ausgeführt werden — als ein sichtbares Wahrzeichen der ununterbrochenen Zusammengehörigkeit der Provinz Posen mit Preußen und dem Reiche gelten.

Zur Reichstagswahl in Danzig. Die am Dienstag vollzogene Reichstagswahl in Danzig für den verstorbenen Abgeordneten Nider ist entscheidende Ueberrassungen nicht gebracht, sondern, wie wir bereits kurz mitteilen, das Resultat einer Schmägl zwischen der freisinnigen Vereinigung und der Sozialdemokratie ergeben. Die Aussichten des konservativen Kandidaten mußten naturgemäß erheblich sinken, als das Zentrum mit seinen 8000 Stimmen Abhaltungsfähigkeit proklamierte. Dennoch sind die konservativen Stimmen von 2968 im Jahre 1898 auf 4282, also um 1314, gewachsen. Sie blieben hinter den sozialdemokratischen nur um 1286 zurück. Wenn also nur die Hälfte der 1898 abgegebenen 3088 Zentrumstimmen noch hinzugekommen wären, würde die Sozialdemokratie aus der Stichwahl gehoben worden sein. Die Sozialdemokraten sind von 3822 (in der Stichwahl 1898: 4976) auf 5568 Stimmen gekommen, haben also um 1746 (bzw. 597) zugenommen. Im wesentlichen erfolgte dieses Wachstum auf Kosten der freisinnigen Vereinigung, welche von 7231 auf 6176 Stimmen zurückging. Kann es einen zweifelhaften Beweis geben, daß der Freisinn die Fortschritt der Sozialdemokratie ist? Die Polen brachten für ihre Kandidatur eine annähernd gleiche Stimmenzahl wie 1898 auf, nämlich 329, gegen damals 310. Die 1898 abgegebenen 388 antimilitarischen Stimmen mögen zum Teil den Konservativen zugute gekommen sein. In der Stichwahl wird, da die Konservativen für den Freisinn stimmen werden, der letztere ebenfalls den Sieg bekommen. Wenn wirklich der Unterschied zwischen freisinniger Vereinigung und Sozialdemokratie heute auch minimal ist, so bleibt doch die Verbindung einer sozialdemokratischen Wahl weit wichtiger als die Rettung eines Sieges für eine im Niedergange befindliche Richtung.

Seine Erhöhung der Beamtengehälter. Im preussischen Landtage hat der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben am gestrigen Mittwoch erklärt, es sei bei der überaus unzulässigen Finanzlage notwendig, von einer Erhöhung der Beamtengehälter abzusehen. Die Regelung der Beamtengehälter müsse als abgeschlossen betrachtet werden.

Seine Majestät der Kaiser nahm Dienstag vormittag die Meldungen des Generalleutnants Grafen von Alton-Loosen, des Generalleutnants von Schubert und des Gouverneurs von Deutsch-Schlesien, Grafen von Gigen, entgegen, sowie die Meldung des neuernannten sächsisch-nachpreussischen Marine-Attache, Kapitän Kraus, und empfing hierauf die den Kronprinzen nach Ausland begleitenden Offiziere, nämlich Generaladjutant von Wolke, Kommandeur des Kaiser Alexander-Garde-Regiments Nr. 1 von Schend, den Kommandeur des Infanterie-Regiments Kaiser Nikolaus von Ausland Oberstleutnant Freiherrn von Späcker, den Kommandeur des Kavallerie-Regiments Kaiser Nikolaus I. von Ausland Oberstleutnant von Scherwin und den Flügeladjutanten Major von Fredeberg. — Zur Reichstagswahl bei den Majestäten waren geladen: Prinz und Prinzessin Hiron von Gurland, Fürst zu Salm-Dyckmar, Herzog von Gray und Major von Hugo. Nachmittags unternahm beide Majestäten eine Ausfahrt nach Schloß Bellevue; Se. Maj. sprach demnach bei dem russischen Botschafter vor. Mittwoch morgen unternahm beide Majestäten einen Spaziergang im Tiergarten. Der Kaiser hatte Johann eine Unterredung mit dem Reichskanzler Grafen von Bülow in dessen Palais, hörte im königlichen Schloß den Vortrag des Stellvertreters des Chefs des Zivilkabinetts Geh. Oberregierungsrats von Valentini und empfing den Hrn. Geh. Rat Dr. Kinkel, Unterstaatssekretär im Justizministerium.

Der Kronprinz wird auf seiner Mittelmeerreise auch Jerusalem besuchen. Die Rückreise soll über Ägypten und Indien gemacht werden. Die Dauer der Reise ist auf 7 bis 8 Wochen berechnet.

Abfahrt des Kronprinzen nach Ausland. Der Kronprinz hat mit den Herren seines Stabes und den zur Begleitung bestimmten Herren Mittwoch Abend um 11 Uhr 3 Min. von Bahnhof Friedrichstraße aus mit Sonderzug die Reise nach St. Petersburg angetreten. Der Kaiser begleitete den

Kronprinzen bis an den Waggon und verabschiedete sich hierauf das herzlichste. Ferner waren der russische Botschafter Graf Osten-Sacken und die Herren der russischen Botschaft erschienen.

Die Beförderung in den Befinden des Königs von Sachsen macht unversehens Fortschritte.

Demokratische Duelle. Verschiedene Blätter geben eine Nachricht der „Dau. Allg. Ztg.“ wieder, der zufolge nach dem Zustandekommen des Zolltarifs Graf Bülow dem Kaiser eine große Ordensliste für die Beamten eingereicht habe, die an der Zollarbeit teilgenommen hätten. Der Kaiser habe jedoch den Antrag des Reichskanzlers abgelehnt und es bei Auszeichnungen für den Grafen Bülow, den Grafen Polodowsky und den Freiherrn v. Thielmann bewenden lassen. Dazu wird uns aus Berlin geschrieben: Es ist merkwürdig, daß von demokratisch-liberaler Seite das angelegte Ausbleiben kaiserlicher Ordensbescheide für die im das Zustandekommen des Zolltarifs in erster Linie bemüht gewesen Reichsbeamten bemängelt wird. Bei vergleichenden Vergleichen wird darauf hingewiesen, daß die Leser Ihnen versetzen haben, daß nach der Verabschiedung der Tarifvorlage der Kaiser den Reichskanzler Grafen Bülow in der wärmsten Weise beglückwünscht, ihm die Rolle des Hohenzollernischen Hausordens verliehen und überdies die Chefs der drei beteiligten Reichsbehörden, den Grafen Polodowsky und die Freiherrn v. Thielmann und v. Nidhosen, mit hohen Ordensauszeichnungen bedacht hat. Demnach gingen den demokratischen Duelle diese Ordensauszeichnungen schon zu weit. Jetzt wird wieder gemeldet, weil angeblich nicht genug Orden verliehen sind, — eine aus demokratisch-liberaler Munde ebenfalls seltsame Frage. Und auf diese Weise will man dem Publikum mitmachen, daß der Kaiser in den wirtschaftlichen Fragen heimlich auf der Seite der liberalen Opposition stehe. Der Liebe Würde ist unläuglich. Die Krone ist sehr genau darüber unterrichtet, daß dieselben Elemente, die vom Kaiser erwarten, er werde ihnen wirtschaftlich die Kasernen aus dem Feuer holen, stets auf der Lauer liegen, um die verfassungsmäßigen Rechte der kaiserlichen Gewalt zu gunsten einer fortschreitenden Demokratisierung der Reichsbehörden zu verletzen und zu beschneiden.

Dem Kaiserwahlkampf ging der Gesetzentwurf zu, der den Finanzminister ermächtigen soll, den Ergbetrag des Jahres 1901 im Anleihenwege durch Veräußerung von 37 093 562 Mk. Schuldverschreibungen zu beschaffen. — Ferner ging ihm der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes betreffend Wohnungsgeldzuschüsse an mittelbare Staatsbedienten zu. Danach soll ab 1. Nov. 1902 bei Beförderung der Durchschnittsgröße des Wohnungsgeldzuschusses zur Ermittlung 1 bis 4 angesetzt werden, dafür im bezüglichen Tarife Serwitastie 5 feststellen.

Die auf den 14. Januar im Reichsjournale anberaumt gemeinsame Konferenz zur Reform der Strafprozedur ist, wie zuversichtlich verlautet, auf den 10. Februar d. J. verschoben worden. In derselben nehmen teil: a. die Reichstagsabgeordneten Hinzow, Dr. Winter, Dr. Dierker, Dr. Hoffmann.

Eisenbahn-Strafmann-Verbot. Im Sommer des vorigen Jahres ist bekanntlich die Eisenbahn-Strafmann-Verbot eröffnet worden. Die Bedeutung dieser Eisenbahn liegt darin, daß nunmehr der Hauptzweig des Schuppenverkehrs mit dem Sitz des Gouvernements in sächsischen, sächsischen Verbindung gesetzt ist. Das bisher übliche Verbot, das die Eisenbahnen hat sich hierzu unzulänglich gezeigt und drohte im Jahre 1897 möglicherweise den Eisenbahn zu verlegen. Die Gefahr gab den Anstoß zum sächsischen Bau der Bahn, welche als Schuppenverkehr mit Hilfe einer Reihe von der Eisenbahnbrücke zur Verfügung gestellter Offiziere und Unteroffiziere nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten nunmehr glücklich vollendet worden ist. Die von den Beteiligten an den Tag gelegte Forderung, daß dem Werke, welches die größten Anforderungen an Gesundheit und Arbeitsleistung stellt, hat nunmehr auch die allerhöchste Anerkennung gefunden. Es sind, wie die „Nord. Allg. Ztg.“ mitteilt, am Anstoß der Bahnverbindung bei der Württemberg an diesem für die Entwicklung des Schuppenverkehrs von Deutsch-Südwestfalen in nächsten Unternehmen besonders beteiligten Beamten und Offizieren Ordensauszeichnungen verliehen worden.

## Der preussische Staatshaushaltsetat für das Jahr 1903.

Für das Etatsjahr 1903 sind die ordentlichen Einnahmen des Staates auf 2 602 205 930 Mk., die Ausgaben im Ordinarium auf 2 516 369 633 Mk., im Extraordinarium auf 158 536 297 Mk., zusammen auf 2 674 905 930 Mk., mit ab die Einnahmen im Extraordinarium auf 2 700 000 Mk., bis hin zum Etat der Einnahmen auf 2 700 000 Mk. Der Etat wird durch die Einnahme einer Nullstelle zu bedien sein. Der Betrag der letzteren ist behufs Balanzierung des Staatshaushaltsetats in den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung als außerordentliche Einnahme eingestuft.

Gegenüber den Veranschlagungen für das laufende Etatsjahr bestimmt sich für 1903 die Einnahmen um 11 961 214 Mk. und zwar ergibt sich ein Mehrer von 18 936 353 Mk. bei den Betriebsverwaltungen, dagegen ein Mehrer von 446 244 Mk. bei den Dotationen und der allgemeinen Finanzverwaltung und von 6 528 695 Mk. bei den Staatsverwaltungen (Einnahmen), während die Ausgaben im Ordinarium ein Mehrer von 48 912 549 Mk. und zwar 25 755 537 Mk. bei den Betriebsverwaltungen, 6 376 956 Mk. bei den Dotationen und der allgemeinen Finanzverwaltung und von 16 780 056 Mk. bei den Staatsverwaltungen (Ausgaben) aufweisen; im Extraordinarium ergibt ein Mehrer von 11 928 327 Mk.

Die einzelnen Einnahmequellen sind demnach: beim Landwirtschafministerium auf 106 452 974 Mk. (Plus 7 693 500), beim Finanzministerium 397 087 200 Mk. (Plus 5 239 200), davon direkte Steuern 215 613 100 Mk., indirekte Steuern 88 228 000 Mk., Lotterien 89 228 000 Mk., Seehandlungsinstitut 2 066 600 Mk.; Handelsministerium 195 337 493 Mk. (Plus 2 243 250); Eisenbahnministerium 2 079 193 096 Mk. (Plus 18 936 353); Dotationen und allgemeine Finanzverwaltung 449 276 896 Mk. (Plus 73 146 244); Staatsverwaltungsbeamten 8 890 443 Mk. (Plus 159 412); Kaiserliche Hofverwaltung 4 698 673 Mk. (Plus 1 241 185); Kultusministerium 6 365 192 Mk. (Plus 1 083 942) und Kriegsministerium 300 Mk. Die Summe der Einnahmen beträgt somit 2 674 905 930 Mk. (Plus 60 738 760).

Die dauernden Ausgaben betragen bei Dotationen und Fortsetzungen 49 723 140 Mk. (Plus 2 248 270); Finanzministerium 134 568 500 Mk. (Plus 2 424 950); von diesem Betrag entfallen auf die Lotterien 1 760 500 Mk. Es hat sich nämlich das Bedürfnis herausgestellt, den Spielplan, insbesondere bezüglich der mittleren Gewinne günstiger zu gestalten und zu diesem Zweck unter Berücksichtigung des Preisverfalls für jede Klasse eine fünfte Klasse einzuführen, die auf der Einlagegewinne und damit die Spiellose herabzusetzen und die Zahl der Stammlote entsprechend zu vermehren. Hierdurch wird das Spielkapital jeder Lotterie von 32 545 500 Mk. auf rund 33 950 000 Mk. erhöht. Die hieraus sich ergebende Mehrerinnahme des Staates von etwa 400 000 Mk. soll aber den Spielern in Form einer Prämie wieder zugute kommen. Der hieraus aufgestellte neue Plan wird mit der im Laufe des Etatsjahres beginnenden 209. Lotterie in Wirksamkeit treten. Bezg. Güten- und Sollenverwaltung 169 779 584 Mk. (Plus 9 988 550); Eisenbahnverwaltung 1 248 914 662 Mk. (Plus 25 755 537); Dotationen 298 663 416 Mk. (Plus 1 308 301); allgemeine Finanzverwaltung 425 762 962 Mk. (Plus 5 068 650); Staatsministerium 11 790 311 Mk. (Plus 185 936); Kultusministerium 554 700 Mk.; Finanzministerium 114 572 710 Mk. (Plus 3 969 963); Kriegsministerium der öffentlichen Arbeiten 33 933 512 Mk. (Plus 607 393); Handelsministerium 15 138 667 Mk. (Plus 787 492); Justizministerium 116 772 400 Mk. (Plus 1 116 400); Ministerium des Innern 78 329 913 Mk. (Plus 3 578 755); Landwirtschaftliche Verwaltung 26 813 816 Mk. (Plus 1 631 198); Kultusministerium 153 984 567 Mk. (Plus 4 637 997); Kriegsministerium 14 908 998 Mk. Die Summe der dauernden Ausgaben beträgt somit 2 516 369 633 Mk. (Plus 48 912 549). (Fortf. folgt.)

## Deutscher Reichstag.

237. Sitzung vom 14. Januar 1903, 1 Uhr.  
Am Bundesratspräsidenten: Graf v. Posadowski.

Die Beratung über den vom Reichstag gestellten Resolutionsentwurf vom 14. Januar 1903. Die Kommission hat folgende Resolution angenommen:

Der Reichstag wolle beschließen: Mit Rücksicht auf die Erklärungen des Reichstages der verbundenen Regierungen, in Bezug auf die Hölzlinge in der Nummer 237: feierliche verfassungsmäßige Verbindlichkeiten anderer Staaten gegenüber eingehen zu wollen, die verbundenen Regierungen zu erziehen, mit möglichster Beschleunigung in eine Erwägung darüber einzutreten, ob nicht durch Entziehung der Hölzlinge für die Hölzlinge ein erhebliches und gerechtes Interesse der Bevölkerung der Schaffung einer inländischen Holzindustrie in möglichster Weise und in möglichstem Maße zu befördern ist.

Herr Wurm (Sog.): Wenn die vorliegende Resolution durchgeführt wird, werden die Arbeiter die unzulässigen Folgen durch die Entziehung der Hölzlinge zu empfinden. Die Regierung der Hölzlinge muß schon jetzt energig gegen die Hölzlinge vorgehen und sich nicht durch eine heimliche Industrie zu lassen, sondern um einen Ausweg, durch den einige Arbeiter ihren Profit haben wollen, es ist nachzugehen, daß eine inländische Holzindustrie nicht unabhängig von Amerika wachsen kann. Der Reichstag soll in einer den ungeduldeten Finanzlage, die es gibt, weil er den letzten Mann am meiste befaßt. Es kann dem deutschen Volke ganz egal sein, ob es von deutschen oder amerikanischen Kapitalisten ausgeplündert wird. (Der Reichstag beschließt.) Für diese nationale Politik hat das deutsche Volk nicht das geringste Bedürfnis.

Herr v. Ost (n.): Die Ausführungen des Reichstages sind aus Mangel an Information entstanden. Unter Antrag ist in der Kommission durchgefallen gerade wegen des Widerspruches des Bundes der Landwirte (höchste Hölzlinge bei den Hölzlingen), welcher der Meinung war, daß durch unzureichende Entziehung eine Verschlingung des Reichstages zum Nachteil der Hölzlinge herbeigeführt werden würde, also die sogenannten Hölzlinge, die die Hölzlinge benötigen, haben das Gegenteil von dem getan, was Herr Wurm behauptet. Herr Wurm behauptete nämlich, wir wollten, daß die Preise von einigen deutschen Holzindustriellen sinken würden. Wer sinken denn aber heute die Preise? Doch lediglich die Preise der Hölzlinge, also die Preise der Hölzlinge, die die Hölzlinge benötigen. Hölzlinge 40 000 Arbeiter mehr beschäftigt werden können, was auch zu berücksichtigen, daß durch die Holzindustrie auch gewisse Nebenprodukte, wie das Holzguth gefertigt werden. Ich hoffe, daß auch der Abgeordnete Wurm praktische Vorschläge machen wird, den mächtigsten aller Dinge zu bekämpfen. (Reichstag beschließt.)

Unterstaatssekretär v. Hülshoff (Hölzlinge verabschiedet): Die Regierung hat sich schwerwiegende Bedenken gegen eine Differenzierung geltend gemacht; sie steht noch immer auf demselben Standpunkt. Die Schwierigkeit liegt bei der geschiedlichen Untere Hölzlinge, und darin, daß eine höhere Erziehung unter heimlichen Holzindustrie zu furchten ist. Unter diesen Umständen kann ich mir von der Annahme der Resolution keinen Erfolg versprechen und bitte, sie abzulehnen.

Herr Frese (Hölzlinge): Als Kaufmann habe ich einen Einblick, mich für die Interessen der amerikanischen Holzindustriellen zu erwärmen. Aber ich und meine Fraktion, wir wollen das Interesse





